

WEITERDENKEN

Dr. Thomas Wind

„Und dann will man nicht ständig jeden Cent umdrehen müssen...“

Basisarbeit in NRW: Was Pflegekräfte, Busfahrer_innen, Kassierer_innen, Paketbot_innen und Reinigungskräfte bewegt. Zwölf Erkenntnisse über Beschäftigte im Niedriglohnsektor.

Tätigkeiten ohne besondere Qualifizierungsanforderungen sind durch die Pandemie in den Fokus geraten. Bundesweit erfasst die Statistik knapp zehn Millionen Frauen und Männer unter dem Sammelbegriff „Basisarbeit“. Diese Menschen gehören in der Regel dem Niedriglohnsektor an, stehen oft am unteren Ende der betrieblichen Hierarchie und sehen für sich beruflich kaum Entwicklungsmöglichkeiten.

Es sind die Stützen der Gesellschaft, doch was sie bewegt, ist kaum bekannt. Um mehr zu erfahren, hat das Institut für Zielgruppenkommunikation mit 42 Basisarbeiter_innen aus NRW Gruppendiskussionen durchgeführt.

1. Gutes Einkommen

Von zentraler Bedeutung für Basisarbeiter_innen ist ein verlässliches und auskömmliches Einkommen. Selten reicht ein Gehalt, die jeweiligen Partner müssen dazu verdienen. Alleinerziehende sind teils auf zwei Jobs angewiesen oder müssen aufstocken. Das Gefühl, nicht angemessen bezahlt zu werden, ist weit verbreitet. Die ohnehin schon geringen Einkommen werden durch die steigenden Preise (Energie, Mieten, Nahrungsmittel) weiter dezimiert. Viele berichten, dass sie mit dem Einkommen streng haushalten und immer wieder Abstriche machen müssen.

„Wir sprechen ja nicht von Luxus! Es geht um die einfachen Bedürfnisse, die erst einmal abgedeckt werden müssen: Wohnen, Essen, Telefonrechnung. Und dann will man nicht ständig jeden Cent umdrehen müssen...“



Dr. Thomas Wind, Geschäftsführer des Instituts für Zielgruppenkommunikation in Heidelberg und Partner der No Drama Strategieberatung in Berlin. Arbeitsschwerpunkte sind qualitative Meinungsforschung, Zielgruppenanalysen und Strategie- und Konzeptforschung.



Heiko Wiese ist Gründer und Geschäftsführer der Politikberatung No Drama. Inhaltlicher Schwerpunkt ist die Verbindung von qualitativer Meinungsforschung und innovativer Strategieentwicklung in Kooperation mit dem Institut für Zielgruppenkommunikation (IfZ) in Heidelberg.

Die geplante Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro trifft auf hohe Akzeptanz. Zugleich wird aber auch darauf hingewiesen, dass der neue Mindestlohn angesichts der gestiegenen Preise bloß ein „Tropfen auf den heißen Stein“ und „nur Inflationsausgleich“ sei. Viele befürchten, dass es wegen der höheren Lohnkosten nun zu weiteren Preissteigerungen kommt oder sogar Arbeitsplätze gefährdet sein könnten.

2. Sicherer Arbeitsplatz

Ein sicherer Arbeitsplatz ist von sehr hoher Bedeutung für die Interviewten. Damit ist das Gefühl der existenziellen Absicherung verbunden, und dadurch wird eine Zukunftsplanung möglich. Allerdings ist gerade bei Basisarbeiter_innen die Abnahme unbefristeter Arbeitsverträge zu beobachten.

Home-Office ist für viele nur in wenigen Fällen, etwa Call-Center-Mitarbeiter_innen, eine Option. Wegen der Krise sind viele Nebenjobs weggebrochen, die als Zuverdienst unerlässlich erscheinen, um das Familieneinkommen aufzubessern.

3. Sichere und gesunde Arbeitsbedingungen

Die Gruppe Basisarbeiter_innen ist von den Auswirkungen der Corona-Pandemie besonders stark betroffen. In einigen Branchen mussten sie in hohem Maße in Kurzarbeit gehen, was deutliche Einkommenseinbußen zur Folge hatte (vor allem Gastronomie und Einzelhandel).

Oder sie waren zusätzlichen körperlichen und psychischen Belastungen, wie zum Beispiel Schichtdienst, starker Zeitdruck, ausgesetzt, etwa in der Logistik, dem Lebensmittel-Einzelhandel, den Sicherheits- und Lieferdiensten sowie der Pflege.

4. Zu wenig Wertschätzung

Immer wieder thematisiert wird die fehlende Anerkennung und Wertschätzung – sowohl innerbetrieblich als auch gesellschaftlich. Viele machen deutlich, dass sich Wertschätzung in fairer Entlohnung sowie Wahrnehmung und Anerkennung ausdrückt, in siche-

ren und gesunden Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt in einer gesellschaftlichen Aufwertung von „Hand-Arbeit“ und „Herz-Arbeit“ (in der Kinderbetreuung und der Kranken- und Altenpflege).

Zu Beginn der Corona-Krise standen die als systemrelevant erkannten Basisarbeiter_innen kurzzeitig im Rampenlicht: Es war deutlich geworden, dass gerade die Busfahrer_innen und die Supermarktkassierer_innen, die Paketbot_innen und die Reinigungskräfte dafür sorgten, dass viele grundlegenden Dinge im Land überhaupt noch funktionierten.

Der Applaus von den Balkonen ebte aber schnell wieder ab. Auf die „warmen Worte“ folgten aus der Sicht der Interviewten keine Taten. Die Basisarbeiter_innen kehrten in ihre Unsichtbarkeit zurück, je länger die Pandemie dauerte.

5. Distanz zur Politik

Prinzipiell lässt die Gruppe der Basisarbeiter_innen eine große Distanz zur Politik erkennen. Diese ist vor allem dadurch verursacht, dass sie sich von Politik nicht wahrgenommen und schon gar nicht repräsentiert fühlen.

„Der Bundestag sollte ursprünglich ein vernünftiger Querschnitt der deutschen Bevölkerung sein. Streich mal heute die Beamten, Juristen und Lehrer aus dem Bundestag raus, dann ist das Ding leer. Du hast keinen mehr drin, der wirklich mal mit seinen Händen gearbeitet hat.“

Politik wird allerdings in Abstufungen wahrgenommen: Kommunalpolitik, die sich vor der eigenen Haustür abspielt und deren Akteur_innen man – vor allem im ländlichen Raum – oft persönlich kennt, wird durchaus verfolgt.

Landespolitik führt demgegenüber ein Schattendasein, hat aber durch Corona an Sichtbarkeit und Interesse gewonnen. Bundespolitik schließlich gibt die „große Richtung“ vor und ist in den Medien stark vertreten. Sie hat deshalb am ehesten die Chance, wahrgenommen zu werden.

Bei aller Distanz zur Politik betonen die meisten Gesprächspartner_innen, dass sie wählen gehen, nur wenige bezeichneten sich als Nichtwähler_in. Allen gemeinsam ist die Unsicherheit hinsichtlich der individuellen Wahlentscheidung. Das drückt sich aus in Aussagen wie: „Das Schlimmste ist, du weißt gar nicht mehr, was du wählen sollst.“ Oder: „Wo ist eigentlich die Partei, die sich um unsere Anliegen kümmert?“

Dementsprechend wird nach einem Ausschlussverfahren gewählt. Man sondert die Parteien aus, von denen man am wenigsten Verbesserungen der eigenen sozialen Lage erwartet und wählt am Ende „das kleinste Übel“.

6. Nähe zu Gewerkschaften

Gewerkschaften wurden grundsätzlich positiv beurteilt. Das zeigte sich in Aussagen wie diesen: „Ich finde Gewerkschaften wichtig: sie sind da, um unsere Rechte zu vertreten.“ Diese Grundhaltung war stark davon beeinflusst, welche konkreten Erfahrungen mit der Arbeit von Betriebsrät_innen vor Ort gemacht worden sind.

Einige der Gesprächspartner_innen sind aktuell Gewerkschaftsmitglieder (vor allem ver.di und NGG), überlegen vereinzelt aber auch, wieder auszutreten, um den Beitrag einzusparen. „Von dem wenigen, was ich verdiene, muss ich noch was abgeben ... eigentlich brauchen wir die Gewerkschaften, können sie uns aber nicht leisten.“

Darüber hinaus machten die Interviewten deutlich, dass in bestimmten Unternehmen bzw. Branchen (gerade auch der Plattformökonomie) Gewerkschaften und Betriebsrät_innen nicht gern gesehen sind.

7. Angst vor Strukturwandel und Digitalisierung

Der Begriff „Strukturwandel“ wird vor allem mit dem Ruhrgebiet verbunden. Für die Basisarbeiter_innen bedeutet er die Ablösung der alten Kernbranchen Kohle und Stahl durch neue Dienstleistungsbranchen (Logistik, Call Center etc.): „Wo früher in Bochum das Opel-Werk war, ist jetzt ein Riesenverteilzentrum von DHL.“

Es erscheint den Gesprächspartner_innen zweifelhaft, dass es gelingen kann, ausreichend Arbeitsplätze in den neuen Branchen zu schaffen. Sie fürchten, dass der Strukturwandel mit Arbeitslosigkeit verbunden ist:

„Ein 40-jähriger Kumpel, der nichts als den Bergbau gesehen hat, kann sich halt nicht in IT einarbeiten. Der ist doch ganz anders gestrickt.“

Darüber hinaus wird in den Tätigkeiten des Dienstleistungsbereichs nur selten eine „Aufwertung“ gesehen. Bezahlung und Arbeitsbedingungen seien schlecht. „Bei Opel haben sie noch richtig gut verdient. Jetzt sitzt da ein verdammtes Call Center oder DHL. Und da verdienst du kein Geld mehr ... Call Center ist Niedriglohnssektor.“

Der Strukturwandel wird verknüpft mit Automatisierung und Digitalisierung. Je nach Branche wird die Bedrohung mal stärker, mal schwächer empfunden. Im Einzelhandel ist von Verdrängung durch Online-Handel in Rede. Selbst bei digitaler Basisarbeit in der Plattformökonomie wird eine weitere Verdrängung menschlicher Arbeit durch zunehmenden Einsatz von Künstlicher Intelligenz erwartet.

*„Der Roboter ist fünf Mal schneller als ich und braucht keine Pause. Ich stehe daneben und denke: Ob ich hier in zwei Jahren noch stehe?“
(Produktion Automobilzulieferer)*

*„Mein Job steht auf der Abschussliste. Über kurz oder lang wird man keine Mitarbeiter mehr brauchen, die die Daten checken.“
(Click Worker)*

8. Geringer Veränderungswille

Ob die Interviewten zuversichtlich oder eher sorgenvoll in die Zukunft blicken, hängt wesentlich davon ab, inwieweit sie ein stabiles persönliches Umfeld haben. Und ob sie sich in Betrieb, Familie, Nachbarschaft, Verein verankert fühlen. Die Pandemie bedeutete in dieser Hinsicht für viele einen besonders harten Bruch mit der gewohnten Normalität, denn sie behindert Zukunftsplanung.

Die Gesprächspartner_innen antizipieren, dass Corona in bestimmten Branchen tiefgreifende Veränderungen verursachen wird und dass gerade auch Basisarbeiter_innen vor der Notwendigkeit einer Umorientierung stehen könnten.

„Die Leute, die keine Ausbildung haben, die kriegen die Krise doch immer als erstes zu spüren.“

Am ehesten können sich die jüngeren, familiär noch ungebundenen Basisarbeiter_innen eine berufliche Weiterbildung vorstellen, die sie aus der Basisarbeit herausführt. Für die anderen erscheinen, wenn überhaupt, Qualifizierungsmaßnahmen interessant, die mit wenig finanziellem und zeitlichem Aufwand verbunden sind.

Viele wünschen sich eine Weiterbildung, die unmittelbar für die aktuell ausgeübte Tätigkeit eingesetzt werden kann – und letztlich mit einer kleinen Aufwertung verbunden wäre. „Ich denke an einen Staplerschein. Das dauert einen Tag und dann hast du den Schein, hast eine Zusatzqualifikation und kannst als Lagerarbeiter ein bisschen mehr Lohn einfordern.“

9. Kritik an der Infrastruktur im Ruhrgebiet

Die Gesprächspartner_innen erleben die ökonomische und soziale Situation in Essen und Dortmund auf der einen und Duisburg und Gelsenkirchen auf der anderen Seite sehr unterschiedlich. „In Duisburg habe ich auch Grünflächen – das Moos auf den Gehwegen!“

Duisburg und Gelsenkirchen gelten als notleidende Kommunen, was sich für die Bewohner_innen auf breiter Basis negativ auf die Lebensqualität niederschlägt (fehlende Kitas, renovierungsbedürftige Schulen, marode Infrastruktur). „In Gelsenkirchen läuft vieles falsch. Da werden Kitas geschlossen und andere soziale Sachen, die Schulen sind renovierungsbedürftig. Wenn an der Jugend gespart wird, hört der Spaß auf.“

Die Defizite werden vor allem im Vergleich mit anderen Ruhrgebietsstädten (Bochum, Dortmund, Essen) beschrieben. „Guckt euch hier in Duisburg die Häuser an. Verrußt, heruntergekommen, da wurde lange nichts gemacht. Essen ist ganz anders, die Essener haben das gut gemacht, die haben viel Grünflächen und sind die Einkaufsstadt im Ruhrgebiet. Und Essen hat die bessere Infrastruktur.“

10. Stigmatisierung nach Wohnort

Einige differenzieren noch feiner und bringen das Phänomen des „Sozialäquators“ ins Spiel, welcher die großen Ruhrgebietsstädte durchschneidet und eine Segregationslinie zwischen Nord (die jeweils „ärmeren“ Stadtteile) und Süd (die „bürgerlichen“ Stadtteile) bildet. Etwa: „Alles, was südlich der A 40 ist, da geht es den Gemeinden besser, das sind die besseren Adressen. Nördlich davon geht es schlechter. Zum Beispiel der Duisburger Norden ist sehr verarmt und sehr international.“

Es wird berichtet, dass „die falsche Adresse“ (etwa Duisburg-Marxloh oder Dortmund-Nordstadt) zur Stigmatisierung führen kann. „Wenn man wenig verdient, kann man sich nicht die beste Wohngegend leisten. Das ist wie ein Rattenschwanz. Ich habe in Duisburg-Marxloh gelebt. Da wohnt die Unterklasse. Für mich war es schwierig, von dort aus irgendeine Stelle zu kriegen. Die haben Marxloh in der Bewerbung gelesen und nein danke gesagt.“ Leicht gerate man in einen „Teufelskreis“, wenn man sich die Mieten in den besseren Quartieren nicht leisten kann.

„Anhand der Postleitzahl wirst du ausgeschlossen – bis hin zur Kreditwürdigkeit.“

11. Große Verbundenheit zur Heimat

Nordrhein-Westfalen wird als abstraktes und künstliches Gebilde wahrgenommen. Relevanter als das heterogene Bundesland ist für die Einzelnen das nahe persönliche Umfeld: Die meisten fühlen sich in ihrer Stadt oder in ihrer Gemeinde (die nicht selten auch der Geburtsort ist) bzw. in der unmittelbaren Nachbarschaft (Veedel, Stadtteil, Quartier) verwurzelt.

Das drückt sich aus in Aussagen wie „Ich liebe Nippes!“ (Köln). Ein Stadtbewohner sagt: „Ich bin hier geboren. Auch wenn nicht alles gut ist, das ist für mich die Heimat.“ (Duisburg). Und ein Landbewohner bestätigt: „Ich finde es super, hier auf dem Dorf zu leben. Da möchte ich nichts dran ändern.“ (Sauerland)

Die Heimatliebe zeigt sich dementsprechend auch in gegensätzlichen Äußerungen zu Stadt und Land. Die Basisarbeiter_innen, die in Städten wohnen und arbeiten, können sich selten vorstellen, im ländlichen Raum zu leben. „Ich glaube nicht, dass ich auf dem Land glücklich wäre, denn hier bin ich geboren und verwurzelt. Ich gehe gerne in der Natur spazieren, aber leben möchte ich in Essen.“

Stadtliebhaber möchten nicht auf die Angebote der Großstadt verzichten. „Das Ruhrgebiet ist wie eine große Stadt und wenn man das gewohnt ist, dann möchte man nicht irgendwo tot über dem Zaun hängen.“

Stadtbewohner_innen bezweifeln zudem, ob sie auf dem Land überhaupt Arbeit finden würden. Und sie fürchten, dass sie dann weite Strecken pendeln müssten.

„Gibt es auf dem Land überhaupt Jobs für uns? Oder muss ich dann pendeln? Dann ist es eventuell günstiger für mich, in der Stadt zu wohnen, auch wegen dem Zeitfaktor.“

Für einige Gesprächspartner_innen mit Kindern stehen demgegenüber die Defizite der Städte im Vordergrund. Sie versprechen sich vom Landleben eine höhere Lebensqualität. „Dass mein Kind hier in der Stadt aufwächst, kann ich mir schwer vorstellen, weil die Schulen hier ein bisschen zu robust sind für mein sensibles Kind.“ (Duisburg)

Im Vergleich zeigt sich, dass im ländlichen Raum familiäre und nachbarschaftliche Bindungen eine größere Rolle spielen und die Integration in die örtliche Community relativ stark ist. In diesen Zusammenhang wird immer wieder auf das rege Vereinsleben auf dem Lande hingewiesen. Der soziale Zusammenhalt im Kleinen scheint stärker zu sein und Statusunterschiede eine geringere Rolle zu spielen, nicht zuletzt, weil körperliche Arbeit höheres Ansehen genießt.

„Die Stadt ist unpersönlich. Vielleicht kennt man nicht einmal jeden, der im Haus wohnt.“

„Auf dem Land ist alles familiärer, das Miteinander ist stärker.“

Die Gesprächspartner_innen im ländlichen Raum besitzen – im Unterschied zu den Stadtbewohner_innen – häufig Wohneigentum, welches entweder ererbt oder selbst finanziert, nicht selten auch in Eigenleistung erstellt wurde. Ein regelmäßiges Einkommen und die Stabilität des Arbeitsplatzes erhalten damit noch einmal einen besonderen Stellenwert. „Wir haben ein Haus gekauft und einen Kredit aufgenommen. Der zahlt sich auch nicht allein. Und: Um überhaupt einen Kredit zu erhalten, brauchst du eine feste Arbeit.“

12. Pendeln als Belastung

Das Thema Mobilität ist für alle ein Thema – wenn auch mit unterschiedlichem Fokus.

„Wenn man das Sauerland betrachtet, ist man teilweise schon ziemlich abgeschnitten. Öffentliche Verkehrsmittel sind da überhaupt keine Alternative zum Auto.“

„Mein Arbeitgeber ist nicht weit weg. Wenn ich jeden Tag pendeln müsste, wäre mir das viel zu stressig und zu teuer. Da verzichte ich lieber auf ein wenig Geld.“

Gesprächspartner_innen in Köln und im Ruhrgebiet klagen über Staus bzw. über die Unzulänglichkeiten des ÖPNV (zu teuer, unzuverlässig). Interviewte aus dem ländlichen Raum berichten dagegen, dass sie aufs Auto angewiesen und durch die steigenden Benzinpreise finanziell belastet sind. Auch unter diesem Gesichtspunkt sind sie froh, wenn sie keine längeren Strecken pendeln müssen.

Was ist Basisarbeit?

Als Basisarbeit wird eine Tätigkeit bezeichnet, die ohne Berufsausbildung und Qualifizierung, gegebenenfalls nach kurzer Einarbeitungszeit ausgeführt werden kann. Basisarbeit verrichten Küchenhilfen oder Servicekräfte in Restaurants und Hotels, Supermarktkassierer_innen, Paketzusteller_innen und Lagerarbeiter_innen, Reinigungskräfte, Arbeiter_innen in der Produktion, Pflegehelfer_innen in den Krankenhäusern, Altenheimen und in der ambulanten Pflege und schließlich auch – als neueste Ausprägungen von Basisarbeit – Call Center Agents und Click Worker, die in der Plattformökonomie beheimatet sind.

Das Phänomen Basisarbeit ist auch unter Bezeichnungen wie „Helfertätigkeiten“ oder „Einfacharbeit“ bekannt. Um 2019/2020 intensivierte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Bearbeitung dieses Themas.

Um die Menschen im Niedriglohnbereich besser kennen und verstehen zu lernen, initiierte das BMAS bundesweite Forschungsprojekte. Nicht zuletzt, weil es bundesweit in entsprechenden Tätigkeiten knapp zehn Millionen Frauen und Männer gibt, also etwa ein Fünftel der Erwerbstätigen. Seit März 2021 läuft zudem die Dialogreihe „Basisarbeit – mittendrin und außen vor“ mit einer vielfältigen Partnerstruktur.

Basisarbeit in NRW

Zur Anzahl der Basisarbeiter_innen in NRW gibt es zwei statistische Quellen. Nach der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit führen in NRW 16,7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sogenannte Helfertätigkeiten aus. Und nach dem Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung üben 22,4 Prozent der Beschäftigten Tätigkeiten aus, die keine berufliche Qualifikation erfordern.

Das heißt: Mehr als jeder fünfte Erwerbstätige in NRW gehört zu den Basisarbeiter_innen. In absoluten Zahlen bedeutet dies: Von insgesamt 9,59 Millionen (2021) Erwerbstätigen in NRW zählen ca. 1,9 bis 2,1 Millionen Erwerbstätige zu den Basisarbeiter_innen.

Vorgehen im Rahmen der NRW-Studie

Mitte Dezember 2021 fanden insgesamt fünf Gesprächsrunden mit Basisarbeiter_innen statt, die in NRW leben und arbeiten. Insgesamt nahmen 42 Frauen und Männern im Alter von 35 bis 60 Jahre teil. In den Fokusgruppen waren unterschiedliche Lebenssituationen repräsentiert, ebenso die Branchen, in denen Basisarbeit besonders häufig vorkommt: Gastronomie, Einzelhandel, Logistik, Reinigung, Sicherheitsdienste, industrielle Produktion sowie „neue“ Dienstleistungen und „digitale Basisarbeit“.

Um regionale Unterschiede zu berücksichtigen, wurden drei Fokusgruppen mit Großstadtbewohner_innen (Köln, Dortmund/Essen, Duisburg/Gelsenkirchen) durchgeführt, weitere zwei mit Bewohner_innen ländlicher Räume (Bergisches Land und Sauerland).

Qualitative Forschung an der Basis der Arbeitswelt

Basisarbeiter_innen waren bisher weitgehend „unbekannte Wesen“ für die Sozial- und Meinungsforschung. Deshalb empfiehlt sich ein qualitatives Vorgehen, um die Gruppe, ihre Befindlichkeiten, Bedürfnisse, Einstellungen und Erwartungen zu erkunden. Qualitative Methoden eröffnen den Gesprächspartner_innen Freiräume, um sich ausführlich und in eigenen Worten äußern zu können, ohne an ein starres Fragenkorsett und an Antwortvorgaben gebunden zu sein.

Qualitative Studien erbringen zwar keine repräsentativen Ergebnisse, also keine „harten Zahlen“. Sie erzielen jedoch aufgrund ihrer Inhaltsvalidität eine große „Tiefenschärfe“ der Befunde. Eine Repräsentativbefragung von Basisarbeiter_innen, die sowohl Strukturmerkmale als auch Bedürfnisse und Einstellungen messen könnte, steht noch aus.

Die vorgestellten Befunde wurden auf Basis von Fokusgruppen-Diskussionen gewonnen. Sie sind der methodische Ort, an dem psychologische Kleingruppen-Effekte wirksam werden. Themen und Ideen werden wechselseitig aufgegriffen, ein Argument stimuliert das nächste, in der Diskussion entstehen „Schneeballeffekte“. Dabei bewirkt die Geborgenheit der (relativ homogenen) Gruppe den Abbau psychischer Kontrollen, was wiederum spontane Reaktionen fördert.

Methodische Anmerkungen

- Die in Anführungszeichen und kursiv gesetzten Texte sind Original-Zitate der Fokusgruppen-Teilnehmer_innen.
- Die Unterscheidung in Tätigkeiten, die überwiegend Kopf, Hand oder Herz beanspruchen, geht auf die Überlegungen von David Goodhart zurück (siehe Literatur).

- Die pointierte Bezeichnung „Sozialäquator“ wurde von einem unserer Gesprächspartner_innen gebraucht. Zu einer ausführlicheren sozialgeografischen Erklärung, vgl. Volker Kersting et al. (siehe Literatur).
- Die geäußerten Zweifel an der Schaffung neuer Arbeitsplätze illustriert die Diagnose von Lutz Raphael, der davon ausgeht, dass der un- bzw. angelernte „Malocher“ keine Berufsqualifikationen mitbringt, die der „neue“ Arbeitsmarkt verlangt (siehe Literatur).

LITERATUR:

Goodhart, David: Kopf – Hand – Herz. Das neue Ringen um Status. Warum Handwerks- und Pflegeberufe mehr Gewicht brauchen, München 2021.

Große-Jäger, André et al. (Hsg.): Basisarbeit – Mittendrin und außen vor, Bonn 2021

Kersting, Volker et al: Die A 40 – der „Sozialäquator“ des Ruhrgebiets. In: Atlas der Metropole Ruhr, Köln 2009, S. 142ff.

Misik, Robert: Die falschen Freunde der einfachen Leute, Berlin 2019.

Raphael, Lutz: Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom: Frankfurt/Main 2018

Sennett, Richard: Respekt im Zeitalter der Ungleichheit, Berlin 2004

Wind, Thomas: Ohne Basis keine Spitze! Oder sind wir doch verzichtbar? Gegenwart und Zukunft von Basisarbeit. In: Werte – Arbeit – Führung 4.0, Dohm, Markus et al. (Hsg.), Köln 2021, S. 131 ff.

Wind, Thomas: Zuhören und versuchen zu verstehen. Forschung an der Basis der Arbeitswelt. In: Basisarbeit. Mittendrin und außen vor, André Große-Jäger et al. (Hsg.), Bonn 2021, S. 368ff. .

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | **Herausgeber:** Landesbüro NRW, Petra Wilke (V. i. S. d. P.), Godesberger Allee 149, 53175 Bonn | Tel.: 0228 883-7202 | Fax: 0228 883-9208 | landesbuero-nrw@fes.de | www.fes.de/landesbuero-nrw | www.facebook.com/FESNRW | twitter.com/FESNRW | ISBN: 978-3-98628-100-7 | **Gestaltung:** pellens.de | **Druck:** Druckerei Brandt, Bonn | **Fotos:** FES; NRW-Fahne: Yul/fotolia.com; Skyline: Hans-Jürgen Landes; shamm, Tobias Arhelger, Henrik Dolle, photofranz56, elxeneize/fotolia.com; Beeldbewerking, AndresGarciaM/istockphoto.com; birdys/photocase.de; Lokilech, Thomas Wolf/Commons wikimedia.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autor_innen in eigener Verantwortung vorgenommen worden.



In der Reihe „Weiterdenken“ sind bereits erschienen:

- C. Krell: Aufstieg ist möglich! – Ist Aufstieg möglich? 2019/1.
- B. Küpper: Einwanderungspolitik für die pragmatische Mitte. 2019/2.
- A. Karačić: Sozialer Fortschritt durch technische Innovation? 2019/3.
- S. Rammler, I. Kollosche, A. Breitzkreuz: Mobilität für alle. 2019/4.
- F. Decker: Vertrauen und Demokratiezufriedenheit an Rhein und Ruhr. 2019/5.
- G. Bellenberg: Gleiche Bildungschancen für alle! 2020/1.
- M. Florack: Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt. 2020/2
- C. Tribowski: Sozial und Ökologisch! Nachhaltig leben in NRW. 2021/1
- C. Werkmann, L. Wolfs: Corona als Brennglas. 2021/2
- A. Sobieraj: Die Gesellschaft, in der ich leben möchte. 2021/3
- M. Roos, U. Paetzel, A. Knickmeier: Gemeinsam besser ans Ziel. Wie Genossenschaften die Mobilitätswende voranbringen könnten. 2021/4
- G.A. Horn: Vor großen Herausforderungen Eine neue Industriepolitik für NRW 2021/5
- M. Henicke: Ungleiches Nordrhein-Westfalen. Gleichwertige Lebensverhältnisse und zukünftige Transformationsprozesse in NRW. Was jetzt zutun ist. 2021/6
- T. Heilmann/A. Kümmerling/T. Rinke: Homeoffice und mobile Arbeit – Potenziale und Handlungsbedarfe. 2021/7
- L. Ickstadt, R. Faus: Leben in der Pandemie, Ergebnisse aus quantitativer Forschung in Nordrhein-Westfalen während der Corona-Pandemie. 2021/8
- G.R. Wollinger, St. Kersting: Zukunftsweisende Sicherheitspolitik in NRW. 2021/1

Abrufbar unter: www.fes.de/landesbuero-nrw